

Bestellungen
 nehmen an alle Postämter und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen.
 New-York: 205 - Street, Gemmen-
 schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
 Philadelphia: 9. Qu., 820 North
 3rd Street
 J. Wash. 112 - Charlotte Str.
 Boston N. J.: 3. N. Edge, 215 Wash-
 ington Str.
 Chicago: 2. Eastman, 74 Clybourne Ave.
 San Francisco: 7. Qu., 415 O'Farrell Str.
 London W.: 6. Lane, 8 New St.
 Golden Square.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 12.

Mittwoch, 30. Januar.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für die Monate Februar u. März zu 1,10 R. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur W. Ulrich, Hohe Str. 23, Hofpart., in den Filialen: Cigarrenladen des Drn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Solkmar**, **Reudnitz**, **Reuschörsfeld** etc. bei Frau Engel, Reudnitz, Taubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** etc. bei Sadert, Kurze Str. 10 part., für **Aleinschöcher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für **Schönberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureudnitz** bei Bichau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Höflich** etc. bei A. Hermasdorf, Einbenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.
 Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der Berliner Freien Presse, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow Brunnenstr. 34, im Laden.

auf die seltenen Genüsse, die nicht Allen zu Theil werden können. Als Beispiel hat der Fragesteller gewählt: Ausern und Champagner.

Nicht abel! Unser Gourmand denkt sich wohl, daß da Niemand anrühren könne, diese Speise, dieses Getränk, sie hätten auch keinen allgemeinen Anspruch auf besondere Zuneigung. Zugegeben! Obwohl wir viele Leute der besser situirten Kinderheit kennen, die lieber ein Stück rohen Schinken als eine Auster essen und auch lieber ein Glas Rheinwein als Champagner trinken, aber zugegeben — und unsere Antwort lautet:
 Derartige Genüsse, die zugleich gesunde Nahrungsmittel sind, stehen in erster Linie den Kranken zu; in zweiter Linie dem kräftigsten Alter und nach diesem Grundsatze kann der Zukunftsstaat entscheiden. Vielleicht wendet er sie auch einem verdienstvollen Künstler, Gelehrten oder sonstigen verdienstvollen Arbeitern als „Prämie“ zu.
 Und eine weitere Antwort lautet:
 Diejenigen Genüsse, die nicht derartige Nahrungsmittel sind, um sie zur Kräftigung der Kranken und der Greise zu gebrauchen, und die nicht in genügender Anzahl vorhanden sind, Allen gleichmäßig zu Theil zu werden, diese Genüsse werden vernünftlich von dem Volk solchen Frauen und Männern als „Nationalbelohnung“ zuerkannt werden, die auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, der gewerblichen Arbeit hervorragendes geleistet, oder durch edle Handlungen sich ausgezeichnet haben. Auf diese Weise würden „die tiefen Denker und die Erforscher der höchsten Geistesprobleme“ in den Besitz dieser Genüsse gelangen und es würde damit der heutigen Gesellschaft, der Gesellschaft der „Berliner Volkszeitung“ eine schallende Ehrerbeute erteilt.

Den heutzutage erhält nicht der tiefe Denker und Erforscher die seltenen Genussmittel, sondern der Gränder und Ausbeuter und der feile Literat, sie schmelzen bei Champagner und Ausern.
 Fragt nur zu ihr „Simple“ Frager, wir antworten euch und das Volk hört die Antwort!
 Den sozialistischen Zukunftsstaat aber wird das Volk dann erst recht lieb gewinnen und alle Kräfte anspornen, ihn zu erstreben, auf daß alle Glieder der Gesellschaft der ihnen entsprechenden Genüsse theilhaftig werden.

Die Gewerbeordnungs-Novelle.

Das Reichskanzleramt hat gesprochen. Was von ihm für die Arbeiter zu erwarten ist, das enthalten die Gesetzesentwürfe, welche die letzte Mittwoch-Beilage dieses Blattes brachte. Die Entwürfe gehen zwar noch an den Bundesrath, aber wer da weiß, was diese Behörde im Großen und Ganzen noch zu sagen hat oder zu sagen wagt, wenn das Reichskanzleramt gesprochen, wird keine wesentlichen Änderungen erwarten. Dazu kommt, daß in dem vorliegenden Falle auch die wirkliche innere Uebereinstimmung aller Regierungen so gut wie gewiß ist. In Bezug auf das, was dem Arbeiter nicht gewährt werden soll, sind sie Alle einig.

Dies vorausgeschickt, versteht es sich von selbst, daß die reaktionären Bestimmungen, welche die Gesetzesentwürfe enthalten, uns nicht überraschten. Eins durfte man aber doch billigerweise erwarten, nämlich daß, nachdem in den vorjährigen Reichstagsdebatten von keiner einzigen Seite im Hause der leiseste Wunsch ausgesprochen worden war, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Kinderarbeit zu Gunsten des Großkapitals zu mildern, vielmehr alle Redner, welche über diesen Punkt überhaupt sich äußerten, eine größere Beschränkung, oder wie die Sozialisten und Ultramontanen, gänzlich Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren verlangten, die Reichsregierung es nicht wagen würde, Vorschläge für bessere Ausbeutung der Kinderarbeit zu erlassen.
 Das Reichskanzleramt hat, wie wir das nachweisen werden, dies dennoch gethan und es stehen demnach die den Gesetzesentwürfen beigegebenen Motive mit der Wahrheit im schneidendsten Widerspruch, wenn sie sich darauf berufen: „man habe sich begnügt, nur in den Punkten eine Aenderung vorzunehmen, wo das Bedürfnis nach Aenderung am meisten hervorgetreten sei und die Anschauungen über die Art der Aenderung am meisten sich genähert haben.“
 Es hat nicht nur kein Redner im Reichstag, wie schon bemerkt, eine solche größere Freiheit der Kinderarbeit verlangt oder auch nur angedeutet, in den dem Reichstag vorgelegenen Anträgen und Resolutionen aus allen Parteien des Hauses war auch nicht ein Buchstabe enthalten, der die Reichsregierung nach dieser Richtung vorzugehen ermutigen konnte.

Noch in Bezug auf einen anderen Vorschlag wird es der Reichsregierung schwer fallen, ihre Motive mit den ausgesprochenen Anschauungen im Reichstag zu vereinbaren; dieser betrifft die Einführung der Arbeitsbücher. Dieselben sind nur gefordert worden von der äußersten Rechten, und nur ein Redner der anderen Parteien, der Abgeordnete Grumbrecht war es, der sich bedingungsweise dafür erklärte, aber mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß er in diesem Punkte mit der Mehrzahl seiner Gesinnungsgenossen nicht übereinstimme.
 Die Reichsregierung hat mit ihren Entwürfen nach zwei Seiten hin Rechnung zu tragen versucht, nach der Seite der nach größerem Consum von Kinderblut lästern Groöindustrie und nach jenem verzopften Theil unseres Handwerkerstandes, der, in gänzlicher Verkennung seiner Stellung und seines Schicksales in der modernen ökonomischen Entwicklung, glaubt mit so lächerlichen und kleinlich-geliebten Mitteln wie Einführung von Arbeitsbüchern und Verkettung der Bekehrte mit

polizeilicher Hülfe seine unhaltbar gewordene Position vor dem Untergange retten zu können.

Außerdem aber hat auch die Reichsregierung in dem Entwurf über die Gewerbeordnungs-Novelle in der entschiedensten Weise den Wünschen der Unternehmerklasse — wir werden das im Einzelnen nachweisen — Rechnung getragen und damit, wenn es überhaupt noch nöthig war, wiederum gezeigt, was die Arbeiterklasse, trotz staatssozialistischer Hofprediger und ähnlicher Comp. jänger, für ihre Gleichberechtigung mit der herrschenden Klasse, wenigstens in formellen Rechtsfragen, vom heutigen Staat zu erwarten hat.

Wenn je einmal einer Regierung von einer ihr prinzipiell feindlich gegenüberstehenden Partei, die sich mit jedem Tage in höherem Grade als Repräsentant der weitaus zahlreichsten Klasse der Gesellschaft bezeichnen darf, eine goldene Prämie zur Bestätigung für eine große Reihe von Fragen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gebaut wurde, so geschah das mit dem seitens der sozialistischen Reichstagsmitglieder in der vorigen Reichstagsession eingebrachten Gesetzesentwurf über die Gewerbeordnung.

Dieser Gesetzesentwurf enthielt nicht eine einzige Forderung, die nicht bei gutem Willen der herrschenden Klassen und ihrer Regierung hätte verwirklicht werden können. Dieser Gesetzesentwurf schaffte mit einem Federzug eine ganze Reihe von Fragen, die täglich zu den häßlichsten Streitereien zwischen den gegnerischen Klassen führen, aus der Welt und schuf eine so umfassende Organisation unseres gewerblichen und industriellen Lebens, daß mit ihrer Hilfe alle auftauchenden Contravenien in sachlicher Weise erörtert und eine ruhige und organische Umbildung der gesellschaftlichen Einrichtungen hätte herbeigeführt werden können. Wir behaupten auch heute noch, und zwar ohne alle Annäherung, daß der damals vorgelegte Entwurf, keine nebensächliche Mängel zugegeben, das Beste war, was einem modernen parlamentarischen Körper in Bezug auf Organisation der ökonomischen Zustände bis jetzt vorgelegen hat. Es wird Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsmitglieder sein, nach Schluß der nächsten Reichstagsverhandlungen an der Hand des von dem Reichstagsmitgliedern und von ihnen Gewählten in einer besonderen Denkschrift dies im Einzelnen nachzuweisen. Das Komische, aber uns sehr wohl Begreifliche bei all diesen Vorgängen ist, daß, obgleich heute selbst innerhalb der herrschenden Klasse kaum noch eine Stimme zu bestreiten wagt, daß wir uns in einem Zustande allgemeiner ökonomischer Anarchie und Auflösung befinden, durch welche das Bestehende mit rasender Eile seinem Untergang entgegengeführt wird, dennoch Keiner aus der herrschenden Klasse anzugeben im Stande ist, wie in diese allgemeine Verrüttung einigermaßen Ordnung zu bringen, dem rapiden Untergang ein Zustand organischer Ueberleitung in die neuen Verhältnisse zu substituieren sei, und schließlich diejenige Partei allein mit praktischen Vorschlägen zu kommen vermag und kommt, der man so gern die beste Freude am gewaltsamen Umsturz und allgemeinen Ruin nachsagt.

Das ist sehr lehrreich und muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden.

Nadern wir zur Besprechung der einzelnen Gesetzesentwürfe des Reichskanzleramts übergehen, seien zunächst diejenigen Fragen erwähnt, welche von den Entwürfen nicht berührt werden, obgleich sie schon seit Jahren Gegenstand der Erörterung weitestere Kreise sind, im Reichstag selbst schon mehrfach erörtert wurden und auch schon der Gegenstand praktischer Aenderungsvorschläge im Reichstag selbst waren.

Dahin gehört in erster Reihe die Ausbeutung der Zucht- und Gefängnisarbeit als Concurrnzmittel der freien Privat- und Verbot resp. Einschränkung der Sonntags- und Feiertagsarbeit auf das unumgänglich Nothwendigste. Gleiches Vorgehen in Bezug auf die Nachtarbeit, wobei die Frauen- und Kinderarbeit aus Sittlichkeits- und Menschlichkeitsrücksichten ganz zu verbieten wäre. Einschränkung der Frauenarbeit, um wenigstens einigermaßen die Erfüllung der häuslichen Verpflichtungen zu ermöglichen und das Ehe- und Familienleben nicht noch gewaltsamer und raucher seinem Untergang entgegenzuführen, als es durch die angeblich das Ehe- und Familienleben so „heilig“ und „hochhaltend“ bürgerliche Gesellschaft ohnehin schon geschieht. Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter — das absolute Verbot aller Kinderarbeit unter 14 Jahren erwähnen wir hier nicht weiter, weil schon im Eingang dieser Arbeit darauf Rücksicht genommen wurde — obligatorische Verpflichtung zum Besuch von Fach- und Fortbildungsschulen für alle jugendlichen Arbeiter. Die allgemeine und ausreichende Einführung von Arbeitsinspektoren, ausgestattet mit allen nöthigen Mitteln und Machtvollkommenheiten u. s. w.

Dagegen zeichnen sich die Gesetzesentwürfe aus durch viele eingestrichene „soll“ und „können“, die ihre Ausführung und Interpretation in das Belieben der betreffenden Behörden stellen, was gleichbedeutend ist mit dem Belieben der herrschenden Klasse. Es versteht sich von selbst, daß wir, so wenig wir sonst mit dem ins freie Belieben stellen wichtiger, das öffentliche Wohl betreffenden Gesetze einverstanden sind, wir hier gegen die „soll“ und „können“ wenig einwenden, wenn der Grundcharakter der Gesetze im einseitigen Interesse der Unternehmerklasse beibehalten werden soll, wie das von diesem Reichstag nicht anders zu erwarten ist.

Die deutsche Bourgeoisie ist noch nicht offiziell durch ihre Glieder in der Reichsregierung vertreten — wie es indeß durch die Verhandlungen mit Herrn von Benningsen geplant ist —, gleichwohl beherrscht schon ihr Geist seit lange die Reichsregierung. In allen wirtschaftlichen Gesetzen spielt das laissez faire, auch heute noch, trotz aller bösen Erfahrungen die Hauptrolle. Das liegt im Wesen der Bourgeoisie; dagegen liegt in den politischen Gesetzen die Gewalt und der Zwang, da spiel

Simple Fragen und „simple“ Frager.

Wie wollt ihr Sozialdemokraten denn euren Zukunftsstaat einrichten, wie sieht derselbe aus in den Einzelheiten? Diese und ähnliche Fragen werden uns oft gestellt und wir wollen, wir können auf derartige kindliche oder auch kindische Fragen keine Antwort erteilen.

Warum nicht? Weil die Gesellschaft, die wir erstreben, nach und nach sich selbst aufbaut, weil zukünftige Generationen die Bausteine, die wir herbeischleppen, erst behauen und zusammenstellen; weil wir keine Propheten sind und sein wollen, und weil wir wohl wissen, daß neue Erfindungen und ebensolche breite Striche durch unsere Zukunftsgebilde machen können, als z. B. die Eisenbahnen durch die Phalanxredes von Fourier.

Tyrannisch wäre es deshalb, den späteren Generationen gegenüber, wenn wir schon jetzt bestimmen wollten über die einzelnen Formen einer zukünftigen Gesellschaft, und nutzlos aus dem oben angeführten Gründen.

Im Großen und Ganzen aber giebt das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands genügende Anhaltspunkte, zunächst die richtigen Mittel und Wege zu ergreifen und einzuschlagen, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen und es enthält ferner auch genügende Grundlagen, auf welchen eine vernünftige Gesellschaft aufgebaut werden kann. Noch fehlt der Wille dazu im Volke und unsere Hauptaufgabe ist, diesen Willen jetzt und für die nächste Zukunft zu erwecken. Die simplen Frager aber mögen das sozialistische Programm in die Hand nehmen und die sozialistische Literatur aufmerksam studieren — wenn es ihnen Ernst ist, so werden sie dann selber keine solche albernen Fragen mehr stellen.

Aber nicht genug damit, man versucht sogar durch einzelne Spezialfragen an den Sozialismus das System desselben zu verwirren oder zu verächtlichen. So fragte die „Volkszeitung“ jüngst triumphirend und eine Anzahl ihrer simplen Collegen betete ihr nach:

„Ist es wirklich ein Gebot des Zukunftsstaates, daß dem Steinträger und Straßenteiler gleiche Genüsse zu Theil werden, wie dem tiefen Denker und Erforscher der höchsten Geistesprobleme, so mag man auch angeben, ob solche Genüsse, die wegen ihrer Seltenheit doch nicht Allen in gleichen Portionen zu Theil werden können, einfach ganz aus der Welt des Genusses verbannt werden, oder ob sie vertheilt werden sollen, daß jedes Menschentind alljährlich etwa einen Kaffel Champagner und eine Viertel Auster zu kosten bekommen wird.“
 Und auf diese simple, einfache Frage, wie sie von dem Blatte selbst genannt wird, verlangt die „Volkszeitung“ Antwort. Wir wollen dieselbe erteilen selbst auf die Gefahr hin, daß wir inconsequent genannt werden; aber man bedenke, daß wir es hier nicht mit einem System zu thun haben, sondern mit einer Einzelheit, die man selbstverständlich bei der Beantwortung derartiger Fragen nur berührt und nicht feststellt.

Zunächst möchten wir die Fragesteller darauf aufmerksam machen, daß sie es allein sind, welche es als ein Gebot des Zukunftsstaates hinstellen, daß dem Steinträger und Straßenteiler gleiche Genüsse zu Theil werden, wie dem Denker und Forscher; ein Sozialist hat noch niemals eine solche Behauptung aufgestellt.

Ganz abgesehen davon, daß die Thätigkeit der Steinträger und Hassenheer durch Maschinen ersetzt werden wird, ganz abgesehen davon, blide sich doch der simple Fragesteller einmal in der heutigen Gesellschaft um, und er sieht, daß die Leute, welche in gleichen Vermögensverhältnissen leben, doch lange nicht dieselben Bedürfnisse haben, gar nicht die gleichen Genüsse haben wollen. Der stolze Graf auf der Jagd trinkt unter Umständen gern einen Kornbranntwein und ist ein Stück Schwarzbrot mit Speck, während der Commernzienrath, der meist in der Stube hoch, an einem Bisquit und einer Tasse Chocolate sich vergnügt.

Im Zukunftsstaat wird ebenfalls derjenige, der in der freien Luft arbeitet, andere Bedürfnisse haben und andere Genüsse lieben, als der stille Denker in der Studierstube. Und in anderen Gegenden bedingt das Klima wieder andere Bedürfnisse und Genüsse. Moses verbot das Essen des Schweinefleisches unter der Gluth der südlichen Sonne, im Norden würde er es sicherlich empfohlen haben.

So ist es einfach unmöglich, daß die Menschen gleiche Genüsse haben können und wollen — die simple Behauptung zeigt uns deshalb schon den simplen Fragesteller.

Doch wir wollen auch auf den Kern der Frage eingehen:

an Stelle des „kann“ und „können“ das „sollen“ und „müssen“ seine gewichtige Rolle und schmückt die Freiheit der Meinung und des Handelns in spanische Stiefel ein.

Der Gesekentwurf betr. die Gewerbegerichte beginnt gleich im Eingang mit der sich überlebenden Rubrizierung der „Gesellen, Gehälfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge“, obgleich Arbeiter und Lehrlinge das einzig richtige ist, deren Streitigkeiten durch Gewerbegerichte entschieden werden „können“. Das „können“ soll nicht bloß die Einrichtung von Gewerbegerichten ins freie Belieben der Gemeindeverwaltungen resp. der Landes-Centralbehörde setzen, es hat in dem vorliegenden Falle einen noch tieferen und sehr reaktionären Grund.

Es ist allbekannt, daß heute schon zahlreiche und zwar zum Theil sehr große industrielle Etablissements auf dem Lande, häufig mit der Bewirthschaftung großer Güter verbunden, zerstreut liegen. Selbstverständlich müßte auch diesen die Wohlthat vernünftiger, d. h. die Unparteilichkeit der Rechtsprechung nach Kräften wachsender Gewerbegerichte zu Gute kommen, wie das der Entwurf der sozialistischen Reichstagsmitglieder auch anstrebt. Die Reichsregierung dagegen beabsichtigt mit dem jetzigen Entwurf aber augenscheinlich die Gründung von Gewerbegerichten nur in größeren und industriell sehr entwickelten Gemeinden oder Gemeindeverbänden, und so stellt nach § 19 des Entwurfs dort, wo kein Gewerbe-gericht besteht, der Gemeindevorsteher Richter in allen den bezüglichen Streitigkeiten sein.

Das ist eine Ungeheuerlichkeit, welche die schärfste Brandmarkung verdient.

Der Mann soll entscheiden, dem vielleicht selbst das Etablissement, dessen Arbeiter klagen, gehört; er urtheilt also in eigener Sache, günstigen Falles urtheilt er in Sachen, die seine nächsten Freunde und Klassengenossen betreffen haben. Der Arbeiter wird hiernach einer modernen Art von Patrimonialgerichtsbarkeit überwiegen, wie sie bereits die preussische Kreisordnung eingeführt hat. Dem so von seinem Feind verurtheilten Arbeiter räumt dann der Gesekentwurf das Einspruchsrecht an das entfernte Landgericht ein, wo selbst im günstigsten Falle die Kosten sich weit höher belaufen als der Werth des Streitobjekts. Kann man die Parteilichkeit weiter treiben?

Wie über die Einsetzung überhaupt, so entscheidet auch über die Art der Organisation und die räumliche Ausdehnung innerhalb der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes die Communalbehörde. So „kann“ z. B. nach § 2 des Entwurfs die Thätigkeit des Gewerbegerichts nur auf bestimmte Gewerbebezüge oder Fabrikbetriebe oder nur auf örtliche und bestimmte Theile des Gemeindebezirks ausgedehnt werden. Gegenwärtig man sich nun, daß die Unternehmungsklassen das Heft in den Magistraten und, ganz vereinzelt Gemeinden ausgenommen, in den Gemeindevertretungen in Händen hat, so läßt sich beurtheilen, welche Handhaben zur Willkür, zum Claque- und Intriguenwesen sich hier bieten. Die Organisation der Rechtsprechung über die Arbeiter wird den Klassegegnern der Arbeiter überliefert. Das ist der Sinn und die Bedeutung dieser Bestimmungen.

Daß § 5 die Gerichtskosten den schon mit allen möglichen Lasten überbürdeten Gemeinden aufhals, wird zu ihrer Einführung nicht anspornen, um so mehr dürfte der nach § 19 in Aussicht genommene Gemeindevorsteher die Rechtsprechung als türkischer Kadi unumschränkt handhaben.

Als ein Muster reaktionärer und arbeiterfeindlicher Bestimmungen können die § 7 und 8 gelten, welche die „Wahlen“ reguliren.

Nach § 7 muß jedes Mitglied des Gewerbegerichts wenigstens 30 Jahr alt sein. Reichstagsabgeordneter kann man bekanntlich mit 25 Jahren werden. Die Reichsregierung schätzt also das Maß von „Weisheit“, das ein Gewerbegerichtsmitglied haben muß, erheblich höher als das eines Reichstagsmitgliedes — ein Compliment, für das sich der Reichstag hoffentlich bedankt.

Dabei darf dieses begnadete Gewerbegerichtsmitglied für sich oder seine Familie wenigstens in den letzten 3 Jahren keine Armenunterstützung genossen haben. Vermuthlich hatte das fürsorgliche Reichskanzleramt hierbei den gegenwärtigen Nothstand im Auge, der es allerdings für einen mit Familie gesegneten Arbeiter beinahe zu einem Kunststück macht, die öffentliche Unterstützung nicht zu beanspruchen.

Die Reichstagsmitglieder sind auch in dieser Beziehung günstiger gestellt, sie brauchen nur nachzuweisen, daß sie während des letzten Jahres „Staats- oder „Gemeindeunterstützung“ in Form von Armenhilfe nicht genossen haben.

Endlich soll das Gewerbegerichtsmitglied auch seit mindestens 2 Jahren im Gerichtsbezirk wohnhaft gewesen sein, ein Erfor-

derniß, von dem man bei einem Reichstagsmitglied auch nichts weiß.

Warum hat die Regierung nicht gleich noch verlangt, daß das Gewerbegerichtsmitglied den Nachweis führen müsse, Vater von wenigstens drei legitimen Kindern zu sein und eine Stellung als „Werkführer“ zu bekleiden? Auf diese letztere Kategorie scheint sie es besonders abgesehen zu haben; wie schön ist es auch, wenn Werkführer und Unternehmer friedlich zusammensetzen diesen Gericht bilden.

Aber alles das genügt der Regierung noch nicht. Es sollen trotzdem die 30jährigen seit 3 Jahren keine Armenunterstützung genossen haben und seit 2 Jahren anständig gewesen seynenden Ausgewählten unwürdig sein zum Gewerbegerichtsmitglied, wenn sie sich in einem der durch § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorgezeichneten Fälle befinden.

Sehen wir uns also den verhängnißvollen Paragraphen an. Derselbe lautet:

„Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben;
2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;
3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Befähigung über ihr Vermögen beschränkt sind.“

Wiederum eine Bestimmung, der bis dato die Reichstagsmitglieder entronnen sind.

Endlich bestimmt noch der § 7, das Amt als Gewerbegerichtsmitglied sei ein Ehrenamt, das heißt auf deutsch, er bekommt nichts für seine Zeiterfüllung, und das ist die erste Bestimmung, in welcher ein Reichstagsmitglied und ein Gewerbegerichtsmitglied gleich stehen.

Wir vermuthen stark, das Reichskanzleramt hat in dem § 7 des Entwurfs die Missethatscharaktere entwickelt, die künftig auch für die Reichstagsmitglieder maßgebend sein sollen, wenn einmal die „Revision“ des Reichswahlgesetzes oder bez. Bestimmungen der Reichsverfassung vorgenommen werden sollte. Öffentlich hat sie auch den Muth, dies im Reichstag auf etwaige Anfragen zu bekräftigen.

Der § 8 giebt in der gleichen Richtung noch einige Andeutungen.

Die Berufung der Mitglieder soll von mindestens einem Jahr bis zu fünf Jahren zulässig sein. Wie viel Arbeitermitglieder dürften im letzteren Falle dann noch vorhanden sein?

Die Wahl der Besitzer „kann“ den Arbeitgebern und Arbeitern zu gleichen Theilen übertragen werden; das hängt also von der Gnade der Communalverwaltungen ab. Als wahlfähiges Alter soll für beide Theile die Volljährigkeit (21. Lebensjahr) gelten, aber ein mindestens zweijähriger Wohnsitz im Gerichtsbezirk notwendig sein. Da hat also das Reichskanzleramt die unerhörte Kühnheit, d. h. im ersten Punkte, eine sozialdemokratische Programmforderung gutzuheißen, nämlich die Wahlberechtigung mit 21 Jahren. Aber freilich, wenn man das passive Wahlrecht so vortrefflich verkauflustig, wie es § 7 gethan, hätte man sogar auf 18 oder gar auf 14 Jahr zurückgehen können. Sollte auch hierin das künftige Reichswahlgesetz seine Schatten werfen?

Da aber augenscheinlich das Reichskanzleramt fürchtet, daß die Zulassung von Wahlen schon an und für sich sehr bedenklich sei, namentlich wenn etwa ausnahmsweise eine sozialdemokratische Gemeindebehörde sie anordnet, so sollen die Wahlen der Prüfung der höheren Verwaltungsbehörde unterworfen sein.

Wenn also die Gemeindeverwaltung die Gewerbeämterglieder beliebig aussucht, empfindet die Reichsbehörde kein Bedürfnis zu kontrolliren, aber wenn das Volk wählt, dann muß diese Kontrolle vorhanden sein.

Alle diese Bestimmungen zeugen von solch feindseliger Gesinnung gegen die arbeitende Klasse, daß es sehr wünschenswerth wäre zu wissen, wer eigentlich diesen Entwurf auf dem Gewissen hat.

(Schluß folgt.)

Aus Berlin.

— 25. Januar.

Bei der Beratung des Forstdiebstahls-Gesetzes in der Commission des Abgeordnetenhauses sind die Bilze und Beeren, welche die braven Herrenhäusler in das Gesetz hineingebracht hatten, wieder getrichen worden. Das Abgeordnetenhaus selbst wird, wie wohl anzunehmen ist, auch in diesem Sinne beschließen. Ein liberaler Abgeordneter, mit welchem ich über diesen Punkt

Farben als ein unerträgliches, schauerliches Elend und als eine Menschen unwürdige Slaverie ausgemalt. Durch Jahrhunderte hindurch aber hat sich ganz langsam eine furchtbare und finstere Jorneswolke angesammelt. Es giebt jetzt Zehntausende (noch ein paar mehr!) von Männern in unserer Völke, deren Zukunftspläne sich einzig und allein auf Blut, Raub und Umsturz gerichtet. (Das ist schrecklich, nicht wahr?) Hunderttausende sehen die Religion nur für eine Erfindung der Pfaffen und der Besessenen an; sie haben einzig die Bestimmung, das bestialische Volk zu knechten und dumm zu erhalten. (Schon „Hunderttausende“ — im Uebrigen haben wir Nichts einzuwenden!) Man muß in sozialdemokratischen Versammlungen gewesen sein und hier diese feurige Begeisterung, diese schauerliche Begeisterung kennen gelernt haben. Wir Pastoren könnten da lernen, wie man zum Volke reden muß, um zu fesseln, verstanden zu werden. (Wieder nichts einzuwenden!) Man begreift da aber auch, wie unzählige wohlgestante Arbeiter durch die Macht der allgemeinen „Begeisterung“ fortgerissen und verführt werden. „Die Kapitalisten und Tyrannen“ — heißt es da — „wissen recht gut, daß ihr so lange eure Faust nicht gegen sie erhebt, so lange ihr wie alte Weiber die Hände zum Gebete faltet. Darum müssen sich die Pfaffen heiser schreien: „Betet, betet, betet, so wird Alles gut!“ — Und wenn es dann noch nicht hilft, so verdröhen sie euch auf die Ewigkeit. — Ja das ist immer ihr letzter Tramp, die liebe, schöne Ewigkeit! — Darauf sollt ihr euch trösten, und euch unterdessen zertreten lassen, wie schmierige Wärmer! Verflucht seien sie, die listigen Verräther, die euch damit hinhalten wollen. Glaubst du nur, die Wechsel auf die Ewigkeit lauten auf eine Firma, die länger dankerott ist! Auf Erden lebt ihr, das ist gewiß, und auf Erden müßt ihr glücklich werden, oder ihr werdet es niemals; und wenn ihr euch nicht selber helft mit euren Händen, so hilft euch Gott und der Teufel auch nicht dazu.“ — So und ähnlich klingt es durch die Reden und Schriften der Sozialisten hindurch, und es ist ja leider nicht bloß Mißverständnis und nicht bloß Wahrheitshaß, was aus diesen donnernden Reden an unser Ohr tönt. Ah! es giebt in der That unter den Besessenen und Gebildeten nur zu Viele, die das Christenthum und die Kirche als ein Mittel betrachten, die wilde Masse des Volks „im Schach zu halten“; und nur zu oft hat die Kirche sich gebrauchen lassen,

sprach, warf sich stolz in die Brust und meinte, daß die Agitation der sozialdemokratischen Presse gar nicht von Nothen gewesen sei, um das Abgeordnetenhaus zu veranlassen, bezartige Härten aus dem Gesetze zu entfernen. Als ich ihm aber bemerkte, daß solche agrarische Gesekentwürfe, die im Herrenhause eine eingehende Beratung erlitten, vielfach vom Abgeordnetenhaus ihrer geringen Bedeutung halber en bloc angenommen zu werden pflegten, und daß man auch in diesem Falle die Volksfeindlichkeit in dem Entwurf hätte übersehen können, da gab der Abgeordnete selbst zu, daß es doch besser gewesen sei, ein sozialdemokratisches Wirbel zur Ermunterung gehört zu haben.

Bei der Germanisirung der Provinz Posen kommen mehr würdige Erscheinungen zu Tage. So sind im Laufe der letzten Jahre Hunderte von polnischen Ortsnamen in deutsche verwandelt worden. Eine dahin zielende Interpellation im Abgeordnetenhaus wurde vom Minister Friedenthal dahin beantwortet, daß die Namensänderung immer auf Wunsch der Gemeindevertretung des betreffenden Orts geschehen sei. Aber was beweist das? In verschiedenen Orten nämlich, die eine überwiegende polnische Bevölkerung haben, sind die Gemeindevertretungen in der Majorität deutsch und so ist ein Ortsnamen-Veränderungsbeschluß äußerst leicht zu fassen — die Majorität der Gemeindevorstände aber wird tyrannisiert. Merkwürdig war es, daß bei der Behandlung der Interpellation, welche von verschiedenen Parteien unterstützt ward, die Polen völlig im Stiche gelassen wurden. Nicht ein Centrums- oder Fortschrittsmann hat gesprochen. Auch Bismarck, der vorher gedroht, der Regierung etwas am Jege zu thun, war stumm. Ob die nationalliberalen Minister sich in so schon derartige Wirkungen ausüben, daß das bekannte fortschrittliche Schwänzen gar nicht mehr wagt, vorwärts nach links zu weichen? Hierbei will ich noch die Bemerkung machen, daß die Majorität der Fortschrittspartei sich jetzt auf dem Standpunkt des Herrn Hänel befindet, der, nachdem die Nationalliberalen den Pakt mit Bismarck geschlossen, dann auch seinerseits mit den Nationalliberalen paktiren will. Die nationalliberalen Minister werden dann vielleicht die Wahl haben, einige Fortschrittler als Hülfsmittel in den Ministerien, mit dem Titel: Geheimen Regierungsräthe, anzustellen.

Erlauben Sie mir, aus der Liste der Personen, die auf den jüngsten Ordensfesten beobachtet worden sind, einige bekannte Namen Ihnen vorzuführen. Da leuchtet zuerst derjenige des Herrn Sneyd und zwar mit dem rothen Adlerorden zweiten Klasse mit Eichenlaub hervor — es ist das derselbe Mann, der es für die Pflicht eines wahren Volksvertreters hielt, „mit dem einen Beine auf der Tribüne, mit dem anderen Beine auf der Barricade zu stehen“; derselbe Mann, der im Jahre 1863 der Herr von Bismarck die schärfste Opposition machte und Reden hielt, die, wenn sie jetzt in Volksversammlungen verlauneten, mehrjährigem Gefängnis „bedolnt“ würden. — Einen Orden N. A. II hat der seltene bekannte frühere Polizeioberst Paßke zu Berlin, jetzt Strafanstaltsdirektor in Rastatt erhalten. — Nationalliberale Abgeordnete finden wir mit dem sehr bescheidenen N. A. IV, und zwar die Herren Rikert und Puttkammer-Franzstadt. — Diesen bescheidenen Orden haben auch zwei viel berühmtere und verdientere Männer erhalten, nämlich der Herr Staatsanwalt Kunig zu Frankfurt, der das Strafgesekbuch so genau kennt, daß er bei einfacher Majestätsbeleidigung die Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte beantragt, und der Herr Landrath von Stielow zu Döbersten, der gewaltige Verfolger der Bettler und Vagabunden. — Noch sei zu erwähnen der Freund Kasker's, Oppenheim's und Bamberger's, der Schriftsteller Berthold Auerbach, demokratischen Abentens, der einen Kronenorden dritter Klasse davontrug.

Dr. Dühring, der Sozialistenfresser, hat übrigens auch einen Orden verdient — er hat nämlich wieder einmal geredet und wieder erklärt sein Leiborgan die „Magdeburger Zeitung“; daß er ihr nicht allein aus der Seele geredet, sondern den Standpunkt jetzt einnehme, den sie schon längst eingenommen habe. Man sieht, daß Dr. Dühring gar nicht so ungelehrig ist, wie man sonst oft behauptete. Diesmal ist er aber Dr. Schaffle hergesessen — den Dr. Adolf Wagner ließ er nach dem alten Sprichwort: „Gebrannt Kind scheut Feuer!“ völlig aus dem Spiele. Wie verächtlich der Mann sich übrigens in seinem Vortrage wieder gemacht hat, das geht daraus hervor, daß er behauptet, Schaffle habe in seiner „Quintessenz des Sozialismus“ deshalb der Sozialdemokratie „geschmeichelt“, um das angeblich Colportagegeschäft unserer Partei zu benutzen und dadurch für seine Schrift bedeutenden Abzug zu finden. Nun ich dachte: „Wer nicht hinter dem Ofen geseßen hat, Herr Dühring, der sucht auch Niemanden dahinter.“ Oder soll ich noch deutlicher reden?

um Tyrannei und Härte der Gewaltigen dieser Erde zu bedenken, ja zu rechtfertigen. (Aunter gar nicht üble Eingekündnisse!) Wie tief aber auch schon der Karren in den Noth hineingefahren ist, das wahre Christenthum hat Kräfte der Ewigkeit, die jeden Fehlgang wieder zurückwenden können. Freilich nicht Beedigung, sondern Thaten, nicht Buße in Worten, sondern Buße in Werken müssen hier Rettung bringen. Im Einzelnen kann aber jeder Christ erfahren, daß die Liebe Christi mächtig ist, auch den bittersten Gegner zu überwinden. Unzählige Vassen das Christenthum, nur weil sie es mit einem gewissen kalten, aristokratischen Kirchenthum verwechseln: aber sie sehnen sich nach der Liebe, welche die Seele des lebendigen Christenthums ist, deren warmen Odem sie aber nie gefühlt haben. Schnell würd' Tausende ihren Sinn ändern, wenn sie nur verstehen lernten, was das ist: „Die Liebe Christi bringet uns also“, wie der Apostel sagt, der „Jedermann allerlei geworden“, um nur so viele als möglich Christo zu gewinnen.

„Noch sehe ich den grimmen Mann mit rothem Barte vor Augen (das Signalement eines Sozialdemokraten, wie er im Buche steht), hoch oben in der glühendheißen Dachkammer, die viele Treppen hoch lag und wo Alles nach Hunger und Kummer aussah. Der Mann wohnte in der Fabrikstadt E., und ich kam zu ihm wie zu allen denen, deren Kindern ich Confirmandenunterricht erteilte. Er aber höhnlachte, als ich ihm sagte, daß ich gekommen sei, die Eltern meines Christian K. kennen zu lernen. „Den schiden wir zu den Pfaffen, nur weil wir es müssen“, schrie er mich an; „auf meiner Bude hab ich nichts verloren.“ Spioniren wollt ihr, verfluchten Pfaffen, spioniren und nicht Anderes.“ Das war sein Gruß. Und weiter sagt er, trotzdem daß seine Frau ihm gelinde Rippenstöße gab: „Es wäre kein Schade gewesen, wenn ihr die alte verfluchte Hühnerleiter hinter untergepoltet wäret und alle Knochen zerbrochen hättet; und ich erret ihr euch nicht schnell von hier, so will ich euch auf die Sprünge helfen, daß ihr es nach Jahr und Tag noch spürt.“ „Ich blieb, Gottlob! ziemlich ruhig und sagte ihm von der Liebe Gottes, die ihn und mich beseligen und retten wolle. Wie besessen fuhr der Mann auf: „Gott, sagt ihr? Verflucht sei euer Gott, der uns zu armenjungen Sklaven gemacht hat. Die Faust hier (und er schlug damit wie rasend auf den Tisch), die

Sozialpolitische Uebersicht.

Am 25. d. wurde in aller Hast der Waffenstillstand abgeschlossen, nachdem die englische Regierung ein Ultimatum an das Petersburger Kabinett gerichtet und dem Parlament die Ergreifung kriegerischer Maßregeln angekündigt hatte. Ob die Türkei mit oder ohne die Billigung Englands Waffenstillstandsbedingungen und Friedenspräliminarien angenommen hat, wissen wir nicht, und können deshalb auch nicht beurteilen, in wie weit Garantien für vorläufige Erhaltung des europäischen Friedens erlangt sind. Den günstigsten Fall gesetzt: die jetzigen Verhandlungen führten unter Zustimmung der übrigen Mächte zu einem Friedensschluß, so wäre damit bloß eine Pause von wenigen Jahren gewonnen, nach deren Verlauf das Gemisch im Namen der Humanität und des Christentums wieder losgehen wird. Die orientalische Frage bleibt ungelöst; die Lösung ist bloß verschoben und Rußland, jetzt durch England an der Erreichung seines Ziels gehindert, wird die erste Gelegenheit zur Fortsetzung des Nord- und Kauten-Culturwerks benutzen.

Und das „von Rechtswegen“ — so lange die Völker Gefallen daran finden.

Während Rußland sich anschiebt, die Türkei entgültig sojuzisch zu machen und während es im Begriff steht, seine Forderungen nach Konstantinopel zu dirigieren, um dort in der Hauptstadt der Türken „barbaren“ seine „Culturmission“ zu befestigen — erheben die deutschen Arbeiter fortgesetzt in zahlreichen Versammlungen Protest gegen die den russischen Eroberungskrieg unterstützende Politik der deutschen Reichsregierung. Die deutschen Arbeiter wissen eben besser, als oberflächliche Gesinnungspunkte, daß das Rußland, welches Polen vernichten half, welches gegen die glorreiche französische Republik des vorigen Jahrhunderts socht und welches zur Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen der ungarischen Nation seine Unterstützung ließ — die deutschen Arbeiter wissen eben besser, daß das Rußland, welches im eigenen Lande jede freiheitliche Bewegung im Keime erstickt, den orientalischen Krieg nur im dynastischen Interesse angezettelt hat und daß die „Christenbefreiung“ ihm den Vorwand zum Losschlagen abgeben mußte. Protestversammlungen fanden in den letzten Tagen statt in Würzen, Bayreuth, Viegitz, Kassel, Darmstadt u. s. w. In sämtlichen Versammlungen wurden dem Sinne nach übereinstimmende Resolutionen angenommen, in welchen die deutsche Reichsregierung aufgefordert wird, der anticulturellen Politik Rußlands ihre Unterstützung zu versagen.

Die Gesamtausgaben für das deutsche Reich pro Rechnungsjahr 1878/79 betragen die Summe von 546,341,701 Mark. Von dieser Summe entfallen allein auf die Kriegsmacht und was damit direkt zusammenhängt (Armee, Marine, Invaliden-Unterstützung, Ausgaben in Folge des Krieges gegen Frankreich) 461,125,167 Mark. Glücklich Deutschland! Nur immer frisch voran auf diesem Wege unter des genialen Bismarck's Führung.

Die Berliner Arbeiter, angeregt durch den Simepfangversuch der „Christlich-sozialen Staatssozialisten“, haben in verfloßener Woche eine großartige Manifestation gegen das Plaisantentum in Scene gesetzt. In einer von mehr als 4000 Personen besuchten Volksversammlung, in welcher Most sprach, wurde trotz der kräftigsten Gegenanstrengungen etlicher anwesenden Geistlichen, der Beschluß gefaßt, en masse aus der Landeskirche auszuscheiden. Dem Beschluß wird unzweifelhaft die That folgen, und die Herren Stöder und Comp. werden im Stillen sicher schon bereit haben, durch ihre Bindsaat den Sturm heraufbeschworen zu haben, der sie jetzt umtobt.

„Seht, wir Wilden sind doch bessere Leute!“ Während in dem Staate der Intelligenz, in Preußen-Deutschland, viele Volksschullehrer am Hungertuche nagen, während die Wittwen derselben vielfach in trostloser Lage sich befinden, während allein in Preußen über 4000 unbesetzte Schullehrerstellen vorhanden sind, liefert uns Amerika mit seinem zum Teil noch halbcivilisierten Ländern ein ganz anderes Bild über die Schulverhältnisse.

Wir lesen da in einem Newyorker belletristischen Organe, welches keine Angaben von einer internationalen Lehrertournee hat, daß in Brasilien die Lehrer in den Städten ein jährliches Gehalt von 700—900 Dollars, auf dem Lande von 400 bis 600 Dollar nebst freier Wohnung und Benutzung eines Stüdes Land erhalten. Nach 15jähriger Dienstzeit sind sie pensionberechtigt und nach dieser Zeit, wenn sie im Dienste bleiben,

Faust ist mein Gott, und wenn die Faust verkauft ist, so ist auch mein Gott verkauft. Seht, das ist meine Religion, und nun packt euch.“ — Traurig, ja zitternd ging ich hinweg. Ich konnte aber dem Manne, der arbeitslos war, Arbeit und Verdienst verschaffen. Das half. „Nun glaube ich doch noch, daß es einen Gott im Himmel giebt, und daß sogar unter den Pfaffen barmherzige Leute sind“, war seine Antwort gewesen; so lange ich in E. war, ist der Mann einer meiner treuesten Kirchengänger gewesen und in seiner Wohnung, wohin ich noch öfter kam, lag fortan die Bibel an derselben Stelle, wo früher die Branntweinflasche thronte.

„In Summa, die Leute im Volke, auch die Gott entfremdeten, sind nicht so schlimm, wenn wir Christen uns nur wirklich als Nachfolger desselben beweisen, dem es Luft und Himmel war zu segnen, zu retten, zu trösten, zu helfen, Wunden zu verbinden.“

(Aus „D. Funke, St. Paulus zu Wasser und zu Lande.“ Bremen v. Müller 1877.)

Das also, lieber Leser, war die neue Geschichte, „wie Sozialdemokraten beizukommen ist“. Fast zu meinem Rathe gemäß hüßlich aufgepaßt, so geschieht bei dir nicht, wie bei den Examinatoren des christlichen Hieronymus Jobs, „Schütteln des Kopfes!“ — „Arbeit und Verdienst verschaffen“, das half bei dem „grimmen Mann mit rothem Bart“. Daß beides einem Andern entzogen worden und dieser vielleicht Noth darunter leiden mußte, magt unseren „Beikommer“ nicht irren! Und, was die Moral von der Geschichte ist, aus dem Hofe wich wurde sogar einer der „treuesten Kirchengänger“. Vivat sequens, — nein, vivat sequentes!

Doch nun Spaß bei Seite! Wir können uns von unserem „Beikommer“ nicht trennen, ohne ihm nur ein paar jener unsere jetzigen Zustände kennzeichnenden Thatsachen zum Studium mit auf den Weg zu geben, vorausgesetzt, daß er überhaupt zum Studium fähig ist. „In den lehreversloßenen drei Wochen wurden auf dem Ackerfeld nicht weniger als 400 Vettel eingeperrt, darunter viele halbverhungerte.“ (Frankf. „Volkfreund“ vom 2. Januar.) — Zur ersten constituierenden Generalversammlung des hiesigen Armenvereins, welchem schon nahezu 1700 Mitglieder mit über 21,000 Mark jährlichen Beiträgen angehören

erhalten sie 25 pCt. Gehaltserhöhung. Lehrerinnen stehen auf gleicher Stufe. In der Hauptstadt Rio Janeiro erhalten die Lehrer für jeden Schüler über 30 eine besondere kleine Vergütung.

In der Argentinischen Republik stehen sich die Lehrer noch besser; sie erhalten 80—100 Dollars monatlich.

Auch in Japan hat das Schulwesen in neuerer Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen und stehen die Lehrer in besonders hohem Ansehen; auch ist ihre Lebenshaltung eine angemessene.

Und selbst auf den Sandwichsinseln beschämt man manchen sogenannten civilisirten Staat in Hinsicht auf das Schulwesen. Das genannte Blatt schreibt nämlich: „Ein Gesetz schreibt vor, daß alle Kinder im Alter von 6—16 Jahren irgend eine Schule besuchen müssen, und in den größeren Städten wird dasselbe auch streng durchgeführt. In den Elementarschulen bedient man sich der hawaiischen Sprache. Die Lehrer sind Eingeborene und beziehen ein tägliches Gehalt von 50 Cents — bei der Billigkeit des dortigen Lebens wohl soviel wie 2—3 Dollars in den Vereinigten Staaten. Das Schuljahr besteht aus vier Semestern, jedes zu zehn Wochen gerechnet. Nur an 5 Wochentagen wird unterrichtet. In den Landschulen wird täglich drei Stunden Unterricht erteilt und zwei Stunden beschäftigt man sich mit Feldarbeiten. Der Ertrag dieser Arbeiten gehört zur Hälfte den Schülern, zur Hälfte den Lehrern. Der Schulbesuch ist ein überaus günstiger. Unter 8981 schulpflichtigen Kindern des Königreichs besuchten die Schulen 8287. Daran könnten sich selbst weit civilisiertere Länder ein Muster nehmen. Zum Unterhalt der Schulen haben alle männlichen Erwachsenen im Alter von 20—50 Jahren eine jährliche Steuer von 2 Dollars zu entrichten.“

Nun, was sagen dazu unsere dünkelfhaften Alerpatrioten? — Wir aber sagen, daß wenn der Militarismus in den europäischen Kulturstaaten nicht aufhört, wenn der Sozialismus diesen Staaten nicht unter die Arme greift, dann werden sie bald in der Kultur überholt von jenen halbcivilisierten Ländern; sie werden dann auf das Niveau von Spanien und Griechenland herniederfallen, während jene Nationen in Glück und Wohlstand aufblühen.

Wollen und können die Regierungen nicht retten, so müssen es die Völker selbst thun.

Ueber die sozialistische Bewegung in Frankreich bringt die offiziöse, hauptsächlich für das Ausland bestimmte und von Bismarck inspirierte Berliner „Correspondenz“ einen Artikel, aus dem wir nachfolgende Stellen zum Abdruck bringen:

„In dem Chaos von Neuigkeiten, welche uns aus Frankreich zugehen, ist es eine Thatsache, die immer klarer zu Tage tritt, nämlich die, daß die Sozialdemokratie dort bereits eine Macht geworden ist, die nur auf den Ausbruch einer erschütternden Krise wartet, um mit einer Gewalt, die man vordem an ihr nicht konnte, auf der Bühne des öffentlichen Lebens zu erscheinen. Ohne Zweifel mögen die Führer der sozialistischen Bewegung in Frankreich, welche so eifrig mit den sozialdemokratischen Organen Deutschlands in Verbindung stehen, die Thatsachen ein wenig übertreiben; soviel steht jedoch fest, diese Bewegung kann man weder wegleugnen noch mit Stillschweigen übergehen.“

„Was ferner dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen kann, ist der Umstand, daß seit dem Genet Congreß die sozialistische Agitation in Frankreich mit einer großen Geschwindigkeit und nach einem wohlüberlegten Plane betrieben wird.“

„In den letzten drei Jahren hatte diese Bewegung, welche durch die Niederlage der Commune in Paris erstickt war und streng überwacht wurde, die Segel einzuziehen und laviren müssen; sie beschränkte sich darauf, das Landgebiet und die industriellen Gegenden zu bearbeiten, hauptsächlich im südlichen Frankreich; aber seit einem halben Jahre ungefähr machte sie sich offen ans Werk, und die Führer der Partei scheinen den Augenblick, sich in den großen Städten, in Paris, Lyon und Marseille zu sammeln für gekommen zu erachten. — Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Aussichten für die Sozialdemokraten in Frankreich günstig sind, und die lebhafteste Aufmerksamkeit, welche die Regierung in letzter Zeit dem Vorgehen dieser Partei schenkt, hat nichts an der Sachlage zu ändern vermocht. Es ist interessant zu beobachten, daß in Frankreich wie in Deutschland die sozialistischen Führer alle Mittel anboten, um die Ihrigen in die Gemeindevortretungen zu bringen.“

Wir haben diesem ziemlich sachlichen Urtheil an sich nichts hinzuzufügen, wollen aber die Bemerkung nicht unterdrücken, daß sich alle Anzeichen mehren, daß der „unsterbliche“ Herr Thiers sich noch kurz vor seinem Tode durch sein Manifest, in welchem der Sozialismus in Frankreich todtgelagt und begraben wurde,

sollen, hatten sich dreißig, sage und schreibe dreißig, eingeschunden.

— Das hiesige Rügegericht hat im Laufe des verfloßenen Jahres nahezu 7000 Urtheile wegen Bettelns, Obdachlosigkeit, Polizeiübertretungen u. dgl. gefällt. — Der evangelisch-lutherische Almosenkasten beging am 31. Dezember 1877 den 50. Jahrestag seiner Gründung. Im ersten Jahre seiner Existenz, also 1827, hatte er es mit nur 20 Hilfsbedürftigen zu thun, im verfloßenen Jahre betrug deren Zahl 5709! — Der Jahresbericht des katholischen Almosenkastens hebt hervor, daß der Nothstand in dem seiner Pflege anvertrauten Kreise leider nicht abgenommen habe, sondern in solchem Maße zunehme, daß bei alleiniger Verwendung der bestimmt zugemessenen Mittel es ganz unmöglich sei, die zahlreichsten Anforderungen größerer Noth und Bedrängniß auch nur einigermaßen zu befriedigen. — Zur Stelle eines Hausburschen, deren Erledigung nicht weiter als durch den Entlassenen selbst bekannt wurde, meldeten sich am 2. Januar achtzig qualifizierte Bewerber. — Die Central-Gefangenenanstalt Biegenhain ist mit Strafgefangenen so überfüllt, daß die am Freitag von hier aus zum Abgange nach dort bestimmten Transporte bis auf Weiteres eingestellt werden mußten.

Und solchen Thatsachen gegenüber kann man wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken? Kann man sich mit Spielereien besassen? Oder ist es Pflicht eines Jeden, dessen Herz noch nicht versteinert ist, thatkräftig zu handeln, seine Schuldigkeit zu thun? —

Vorsicht! In verschiedenen Landestheilen ist jüngst häufig, besonders auch von Danneberg amerikanisches Schweinefleisch zu auffallend billigen Preisen verkauft worden, wosah! der behördliche Hinweis erfolgt ist, daß, dem Vernehmen nach, solches Fleisch nur deshalb ungeachtet des weiten Land- und Seetransports so billig an die Bezahrer abgegeben werden kann, weil dieses Fleisch von den auf Eisenbahn-Transporten im Innern Amerikas gefallenen und demnach sofort eingeschleppten Schweinen herrührt. Abgesehen davon liegt aber außerdem die Gefahr vor, daß dieses amerikanische Schweinefleisch triebhakenhaltig sei, da eine Untersuchung jedes einzelnen, in den Verkehr gelangenden Fleischstücks, wie sich von selbst versteht, nicht statthaben könne. — Wir wollen nicht behaupten, daß dem so ist, wie in vorstehender Nothiz mitgeteilt wird, doch rathen wir zur Vorsicht. (Die Red. d. Borm.)

„unsterblich“ blamiert hat. Alle Sozialistenheher, auch in Deutschland, aber mögen die Lehre aus dem raschen Wiederaufblühen des Sozialismus in Frankreich ziehen, daß selbst ein solcher Aderlaß, wie der im Jahre 1871, den Riesenkörper des Weltproletariats nicht zu erschüttern vermag.

Der Aufruf unseres Freundes Vissagary in letzter Nummer des „Vorwärts“ wird gewiß in den Herzen der deutschen Arbeiter ein Echo gefunden haben; und Vissagary darf überzeugt sein, daß die Arbeiter Deutschlands seinen Wünschen entsprechen und gegen die Verurteilung Deutschlands und zur Vinderung des Uebels unserer deportierten französischen Vorkämpfer Alles thun werden, was in ihren Kräften steht. Wenn er aber glaubt, wir seien im Stande, durch eine allgemeine Arbeitseinstellung einen entscheidenden Druck auf die herrschenden Klassen auszuüben, so ist das unzweifelhaft eine irrige Annahme. Auch wenn unsere Partei weit zahlreicher wäre und noch besser organisiert als jetzt, so würde die Zulassung eines nationalen Strikes, der sämtliche Gewerke und Geschäftszweige umfaßt, weit über den Bereich unserer Macht gehen — ganz abgesehen von der Frage, ob ein solches Kampfmittel überhaupt praktisch ist. Nur einmal wurde es versucht, gegen Ende der dreißiger Jahre, als die englischen Arbeiter den sogenannten „national holiday“ (Nationalfeiertag) zur Lahmlegung der Bourgeoisie organisieren wollten. Damals scheiterte der Plan kläglich, und wir glauben kaum, daß ein zweiter Versuch günstiger ausfallen würde. Und, die Frage der Möglichkeit bei Seite gelassen, denken wir: sind die Sozialdemokraten erst stark genug, dieses Kampfmittel anzuwenden zu können, dann sind sie auch stark genug, es nicht anzuwenden zu müssen.

In der Gewerbeordnungs-Beilage der Nummer 9 des „Vorwärts“ ist der § 133 auf S. 2 durch Auslassung eines Satzes unvollständig wiedergegeben worden. Wir drucken den § 133 hier noch einmal ab und setzen den weggelassenen Satz zur besseren Vertheidigung in Klammern:

4. Verhältnisse der Fabrikarbeiter.

§ 133. Kinder unter 12 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden. Vor vollendetem 14. Lebensjahre dürfen Kinder in Fabriken nur dann beschäftigt werden, wenn sie in der Volksschule oder in einer von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Schule und nach einem von ihr genehmigten Lehrplan einen regelmäßigen Unterricht von 18 Stunden wöchentlich genießen. Die Beschäftigung darf, wenn sie täglich stattfindet, die Dauer von sechs Stunden, wenn sie nur einen von den anderen Tag oder in noch größeren Zwischenräumen stattfindet, die Dauer von zehn Stunden des Tages nicht überschreiten. Junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Die „Berliner Freie Presse“ veröffentlicht in ihrer Nummer vom 24. Januar die in Nr. 6 des „Vorwärts“ enthaltene Erklärung unseres Genossen Vebel und sagt dazu:

„Diverse Blätter schreiben daraus den Schluß zu ziehen, daß es am Plöhensee wirklich vorzüglich aussehe. Ihre Redakteure mögen es nur erst praktisch erproben. Was aber die „Bastille am Plöhensee“ anlangt, in welcher die Gefängnisdirection „maßlose und ungerechte“ Angriffe auf sich entlockt haben will, so sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß Most alle in seiner Broschüre mitgetheilten Thatsachen vollständig aufrecht erhält. Man frage nur jene politischen Gefangenen, die vor Most am Plöhensee „gelesen“ haben, und man wird hören, daß sie daselbst infa behandelt wurden. Eßs, Schmir, Heinsch, Hurlmann, Slaat, Piesch, Veder u. wurden einfach wie Spitzbuben gehalten. Man steckte sie in Zuchthausjacken, zwang sie zu körperlicher Arbeit, preßte sie zum Kirchenbesuch, erlaubte ihnen keine Zeitung, fütterte sie mit der schlechtesten Sorte der üblichen Gefängnis-Schlampe, ja man wollte Einzelnen sogar den Bart abnehmen. Das ist seit Most nicht mehr vorgekommen; und wenn es jetzt die Gefängnisdirection liebt, den politischen Gefangenen die Noth aufzubinden, Most's Broschüre hätte Alles verborben, so verbirgt sie dahinter nur ihren Aerger über jene Schrift; denn die Thatsachen lehren, daß das Gegentheil wahr ist. Man fürchtet sich einfach vor weiteren Broschüren und begehrt daher neue Mißhandlungen von politischen Gefangenen nicht, will den Neulingen aber einreden, es sei immer wie jetzt gewesen.“

Grober Unfug! Dem Schwarzen ist nun auch der Rothe gefolgt. Parteigenosse Grünwald, nicht zu verwechseln mit dem Herrn Agitator des Herrn Söder, Grünberg, also unser Parteigenosse Grünwald ist wegen groben Unfugs, welchen er in der von ihm redigierten „Freien Niederrheinischen Zeitung“ verübt haben soll und zwar indem er aus Anlaß des Sedanfestes das patriotische Gefühl verhöhnt habe — Grünwald ist vom

— Vier große deutsche Bierbrauereien, die Rainiger Aktien Brauerei, die Rheinische Brauerei in Altheim bei Köln, die Brauerei von Gebr. Dieterich in Düsseldorf und die Effener Aktien-Brauerei haben an das kaiserliche Reichs-Gesundheitsamt ein Gesuch um Bestätigung gesetzlicher Bestimmungen gerichtet, durch welche die Anwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung verboten wird. Das ist brav!

— „Können“. Aus Oldenburg melden die liberalen Blätter die Ernennung des Ober-Appellationsgerichtsrath Lappenbeck zum Justiz- und Kultusminister undügen dabei folgenden ominösen Satz hinzu: „Das Land wird mit der auf ihn gefallenen Wahl zufrieden sein können.“ — Natürlich: „Müssen ist ein Teufelsding“ lautet ein altes Sprichwort.

— Dr. Stroußberg wird bald eine Broschüre veröffentlicht unter dem Titel: „Ein Seehafen“, in welcher er sich freundschaftlich erboten, eine direkte Canalverbindung über Berlin von Hamburg nach Stettin herzustellen und so mit Berührung der Hauptstadt die Nordsee mit der Ostsee zu verbinden. Wir wollen aber das Projekt selbst nicht urtheilen, doch denken wir, wenn das Projekt gut durchführbar ist, daß dann der Staat selbst seine Pflicht zu thun hat. Die Canalisation Norddeutschlands ist von größerer Wichtigkeit für die Cultur, als die Militäreinheit und Militärgroße Deutschlands!

— Ein frommer Priester im Wupperthale hatte vor nicht langer Zeit die „Gartenlaube“ von öffentlicher Kanzel herab ein Schandblatt genannt, wurde wegen Belästigung verklagt, aber freigesprochen, weil der Verleger nicht direkt genannt und weil auch auf den Titel „Schandblatt“ nicht viel Gewicht zu legen ist. Daß die „Gartenlaube“ in früherer Zeit Manches zur Aufklärung beigetragen hat, ist bekannt, daß sie aber in jüngster Zeit auch vielfach das Gegentheil thut, ist gleichfalls wahr — der Priester hatte jedenfalls in einem früheren freisinnigen Jahrgange gelebt.

— Herr Eugen Richter hat aus Bries, wo er kürzlich eine Rede ausgehört hat, eine Dankeschrist erhalten. Klugs veröffentlicht er dieselbe in der „Volkzeitung“. — Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten die Justizministerien veröffentlichen wollten, in denen ihnen Anordnungen über einen Vortrag ausgesprochen wird, so würde der Name der Parteioorgane kaum ausreichen und — sie wären gerade so eitel, wähen, wie der Abgeordnete der Fortschrittspartei. Uebriqens soll einer der Abänder des Dankschreibens der berühmte Improvisator sein, der „Eugen Richter, zu Boden spricht“ dasumal geleistet hat.

Polizeirichter zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, hat natürlich appellirt. Wir haben unsere Ansichten schon über den „groben Unfug“, der unter Umständen auch mit dem Strafgesetzbuch verübt werden kann, vor nicht langer Zeit bei Gelegenheit der Verurtheilung eines literarischen Redakteurs ausgesprochen und registriren diesmal hiermit nur den neuen Fall.

Die von uns in Nr. 9 gebrachte Mittheilung, daß der kürzlich in Untersuchungshaft genommene Redakteur der „Berl. Fr. Presse“, Genosse Dentler, auf ärztliche Anordnung aus der Haft entlassen sei, bestätigt sich nicht. Richtig ist nur, daß sich der betr. Anstaltsarzt über die Haftfähigkeit Dentler's sein Urtheil vorbehalten hat.

Heft 9 der „Zukunft“ vom 1. Februar hat folgenden Inhalt: Ueber den Gewerbe-Betrieb der Communen. — Die soziale Lage in Italien. (Dritter Artikel.) Von Venoit Malon. — Untersuchungen über die Grundprinzipien der Sozialökonomie. Von Dr. César De Paeppe (Fort.). — Maximilian Robespierre. Von Dr. Carl Brunnemann. (Fort.). — Polet. — Rezensionen.

Im Verlage eines unserer Parteigenossen, des Bürgers Henri Ristemaker's, libraire socialiste, 60, Boulevard du Nord, Bruxelles, ist soeben in französischer Sprache ein Werk erschienen, auf welches wir glauben unsere geehrten Leser aufmerksam machen zu müssen. Der Titel ist: Histoire populaire et parlementaire de la Commune de Paris par Arthur Arnould. (Parlamentarische Geschichte der Pariser Commune, ein Volksbuch von Arthur Arnould, Mitglied der Commune.) Gegen Uebersendung von 3 Mark (Postanweisung) an obige Adresse erhält man den ersten Band sofort, den 2. und 3. gegen den 18. März und 20. Mai portofrei.

Correspondenzen.

Cassel, 20. Januar. Nach sieben Jahren hatten wir gestern Abend wieder einmal Gelegenheit, den Genossen R. Frohne in einer Volksversammlung sprechen zu hören. Dieselbe fand statt in Krauß' Salon und war aus allen Ecken der hiesigen Bevölkerung außerordentlich gut besucht. Handelte es sich doch auch um einen sehr wichtigen Punkt, nämlich um die bisherige Orientpolitik der deutschen Reichsregierung. In nahezu zweistündigem Vortrage schilderte Frohne die Gefahren, welche Deutschland in Folge der politischen Ent- und Verwickelungen der letzten Jahrzehnte, besonders seit dem Jahre 1866, drohen. Der Redner bewies auf's genaueste, daß es Thorheit sei, zu glauben, Rußland vollführe im gegenwärtigen Kriege gegen die Türkei eine Culturmission. Auch gedachte er in gebührender Weise des russenfreundlichen Gebahrens unserer reaktionären Parteien und ersuchte die Anwesenden, ihre Stimmen dafür geltend zu machen, daß sofort bei Beginn der nächsten Reichstagesession die Reichsregierung seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten über ihre Orientpolitik interpellirt werde. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. — Dann sprach noch Genosse Pfannkuch über die wirtschaftliche Lage und die Stellung der verschiedenen Parteien zu derselben. Redner legte klar, daß nur von der Sozialdemokratie eine wirkliche Lösung der sozialen Frage erwartet werden könne. — Als nun noch Genosse Frohne einige beherzigenswerthe Worte zu Gunsten der sozialdemokratischen Presse gesprochen, ward aus der Mitte der Versammlung der Antrag gestellt, die Versammelten mögen die dem Einberufer erwachsenen Kosten selbst decken. Ehe jedoch dieser Antrag richtig zur Diskussion, geschweige zur Abstimmung gelangen konnte, löste der überwachende Beamte die Versammlung auf. Wo bleibt da des Staatsbürgers Recht, über seinen Geldbeutel beliebig zu verfügen? — Wie es heißt, hat der betreffende Beamte „im höhern Auftrage“ gehandelt.

Wochenheim, 23. Januar. Der Ueberzeugung nach schon längst atheistisch-materialistisch, haben unter dem heutigen Tage an hiesigen Orte 17 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche bei dem Amtsgericht angezeigt, um auf diese Weise auch das formell-Band zu lösen, welches sie seither noch an die Kirche fesselte. Unter den 17 Ausgetretenen befinden sich drei Personen weiblichen Geschlechts. Wir haben gegründete Hoffnung, daß binnen kurzem noch Mehrere diesem Beispiele folgen werden.

Göppingen, 19. Januar. „Es geht zwar langsam, aber es geht doch.“ Vorstehende Worte dürften wohl in Rücksicht auf unsere württembergischen Verhältnisse gegenüber der sozialen Frage mit mehr Recht als irgendwo angewendet werden können. Dank dem Wüderthum haben wir hier einen schwereren Kampf zu bestehen. Der Beweis hierfür hat sich auch hier wieder am letzten Sonntag eindrucksvoll herausgestellt. Bei der letzten Reichstagswahl hat die württembergische Regierung den Regierungsrath Diesenbach mit Hilfe der Bismardianer und Wüderthum gegen unsere Candidaten durchzusetzen gewußt. Nach Ablauf eines vollen Jahres hatten wir nun das Vergnügen, von dem Vertreter unseres Wahlkreises in öffentlicher Versammlung zu hören, daß Deutschland 542 Millionen Mark jährlich verausgabt, wovon, wie wir das ja vorher wußten, beiläufig vier Fünftel für militärische Zwecke ausgegeben werden. Schließlich erklärte Herr Diesenbach seinen Wählern, daß er nichts Neues bieten könne, da dieselben wohl alles, was er gesagt, schon aus den Zeitungen wissen werden. Dann ging der Redner zur Verhandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung über, welcher lautete: „Die sozialistische Arbeiterbewegung.“ Selbstverständlich waren wir unter circa 300 Versammelten auch mit einigen Dutzenden Parteigenossen vertreten. Es würde den Raum des „Vorwärts“ zu sehr in Anspruch nehmen, wenn ich alle die widersprechenden Behauptungen über unsere Partei wiedergeben wollte. Nur soviel will ich berichten, daß nach Beendigung des Vortrags Genosse Bronnenmeyer das Wort ergriff und in circa halbstündiger Rede dem Herrn Diesenbach tüchtig heimgeigte, wofür ihm nicht nur von einem großen Theil der Anwesenden, sondern auch in zwei darauffolgenden Nummern des demokratischen „Hohenhausen“ Anerkennung zu Theil wurde. Die Gegner speien natürlich Gift und Galle, aber widerlegen konnten sie Bronnenmeyer nicht. Es würde uns Vergnügen machen, wenn öfters solche Bekämpfer unserer Sache hier auftreten würden; denn dadurch würden wir nur gewinnen, weil in die von uns anderweitigen Volksversammlungen die Gegner nirgends oder höchst selten kommen. Herr Diesenbach hat aber auch vor anderen Gegnern das voraus, daß er nicht alles von uns aufgestellte verdammt, insofern wollte er die „Quintessenz“ von Dr. Schöffle zweimal gelesen und doch nicht herausgefunden haben, wie der sozialistische Zukunftsstaat beschaffen sein würde. Die Antwort wurde ihm indessen sowohl in der Versammlung als auch durch die Tagesblätter hinlänglich zu Theil. Selbstverständlich waren seine Redner sehr verblüfft, und er selbst konnte nur eine sehr schwache Erwiderung geben, welche gipfelte: Ich glaube es nicht.

Entrißsch bei Leipzig, 20. Januar. Der Tod hat seinen Mahnruf abermals an einen Parteigenossen ergehen lassen; unser Genosse Friedrich Oswald Lausche ist am vergangenen Mittwoch im Alter von 56 Jahren gestorben. Derselbe war ein alter 48er, der sich aber zur Sozialdemokratie gewandt hatte, als diese der Ausdruck für die politische und soziale Befreiung wurde. Er war auch bereit, mit ganzem Herzen zur Sache des Volkes und für des Volkes Recht sein Blut einzusetzen. Lausche stand 1849 auf den Barricaden in Dresden, wurde gefangen, saß 1 1/2 Jahr in Untersuchungshaft, wurde zuerst zum Tode verurtheilt, bekam dann aber 10 Jahr Arbeitshaus (Zwickau), verblühte jedoch darin nur 2 1/2 Jahre. Die Wittwe, welche mit einem erwachsenen Sohne und 2 Töchtern zurückbleibt, war dem Verstorbenen eine treue Mitkämpferin; sie begriff das Streben ihres Mannes und ließ sich im November 1850 unter militärischer Escorte mit dem Verstorbenen trauen. Bei den Reichstagswahlen wirkte Lausche immer recht wader für die sozialdemokratischen Kandidaten, z. B. im Wahlkreis Pirna, besuchte auch fleißig derartige Dresden'ser Versammlungen; denn erst seit kurzem wohnte derselbe hier und war draußen im Lande nach Arbeit (Tobler) herumgezogen, während seine Frau sich hier aufhielt. Lausche starb in Folge von Erkältung an einer Lungenerkrankung; der Mangel an Arbeit und der dürftige Lohn hatte ihn nicht in die Lage versetzt, sich dem Winter entsprechend kleiden zu können. Sein Sohn Paul, auch ein eifriger Genosse, der nun die ganze Familie zu ernähren hat, ist erst seit 10 Tagen aus dem Chemnitzer Krankenhaus entlassen, in dem er 3 Wochen darniederlag. Derselbe war in Hohenpau von einem Bone heruntergestürzt und hatte sich eine Knochenhautentzündung des Schienbeins zugezogen.

Königsberg. (Professor Dr. L. Friedländer zu Königsberg i. Pr. und die deutsche Sozialdemokratie.) Zur Feier des Krönungsfestes hielt, wie in früheren Jahren, so auch in diesem Jahre, Herr Professor Dr. L. Friedländer am 18. d. M. in der Aula der hiesigen Universität einen Vortrag. Derselbe sollte es sich um eine Schilderung verschiedener sozialistischer „Staatsideale“ handeln.

Nach einer für Unkundige ganz interessanten Schilderung der Platonischen Republik, der Utopie von Thomas Morus, des Ideals von Campanella, der Reise nach Marien von Cabot und der bekannten Palastereien von Fourier ging Redner zur deutschen Sozialdemokratie über. In einer Verunglimpfung der letzteren und einer aus dieser gezogenen patriotischen Kyanwendung gipfelte der ganze Vortrag.

War es uns nun schon bei dem, was Redner mit professoraler Selbstgefälligkeit über Plato, Thomas Morus und die Anderen sagte, sehr zweifelhaft geworden, ob diese Mittheilungen — Plato ausgenommen — auf gründlichen Studien oder auf Berichten Anderer beruhten, die aber jener Männer geschrieben, so wurde dieser Zweifel gehoben, als Herr Professor L. Friedländer auf die deutsche Sozialdemokratie zu sprechen kam. Offenbar hat der Herr Professor weder über Sozialismus im Allgemeinen, noch über die deutsche Sozialdemokratie im Besonderen etwas Anderes gelesen als jene bekannte, kaum 68 Octavseiten ausfüllende Broschüre des Dr. Schöffle „Die Quintessenz des Sozialismus“.

Obgleich es nun eine Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit beweist, die ihres Gleichen sucht, wenn ein Dr. phil. und ordentlicher Professor der Albertus-Universität zu Königsberg i. Pr. über eine Bewegung wie die deutsche Sozialdemokratie, die er selbst „eine Macht“ nennt, nur auf Grund einer einzigen Broschüre urtheilt, so würden wir auch dieses hinnehmen, wenn Herr Professor Friedländer Dr. L. Schöffle's Ausführungen richtig zu benutzen gewußt hätte. Aber auf Grund dieser letzteren den durch die deutsche Sozialdemokratie zur Geltung kommenden Sozialismus mit jenen sogenannten „Staatsromänen“ in Parallele zu setzen, die Endziele der deutschen Sozialdemokratie als eine „Utopie“ darzustellen und diese einseitig lächerlich zu machen, andererseits als verderblich zu kennzeichnen, beweist, daß Herr Professor Friedländer die von ihm wiederholt genannte Broschüre „Die Quintessenz des Sozialismus“ entweder nicht verstanden hat, oder daß Herr Professor Friedländer sich in Beileumdungen zu ergehen keinen Anstand nimmt. Denn der Zweck der Schöffle'schen Broschüre besteht gerade darin, dem Publikum, das Herr Professor Friedländer in der Aula zahlreich um sich versammelt sah, klar zu machen, daß der Sozialismus nach der von der deutschen Sozialdemokratie adoptirten Theorie von Karl Marx keine Utopie, sondern eine sehr reale Sache sei, mit der man sich etwas eingehender zu beschäftigen habe, als dieses heutzutage Viele und unter diesen auch Herr Professor Friedländer thun. Das System Fourier's, St. Simon's und Anderer nennt aber Schöffle (S. 6**) „alte phantastische Reorganisationspläne, Phantastereien“ und hebt an einer anderen Stelle ausdrücklich hervor, daß dieselben lange „überwunden“ seien.

Gegen Schluß seiner Rede citirte Professor Friedländer einen Satz, mit welchem, wie er meinte, „Schöffle seine Broschüre schließt“. Dieses ist falsch. Schöffle schließt seine Schrift mit den von Professor Friedländer nicht angeführten Worten:

„Gewöhne man sich also endlich an concretes Denken und Urtheilen in dieser ungedulden Frage, und entziehe man sie dem wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorurtheile, der Leidenschaften, der Vorurtheile, der Selbstbelugung und der Denunziationen! Sonst gehen darob alle Stände mit der Civilisation zu Grunde.“

Und diesen Schlußsatz empfehlen wir Herrn L. Friedländer, Dr. phil. und ordentlichem Professor an der Universität zu Königsberg i. Pr., zur Nachachtung.

Ueber den in der Rede des Herrn Professors zu Tage getretenen Chauvinismus wollen wir schweigen und uns nur auf die Fragen beschränken: Wer hat fittliche Anschauungen zerstört? Die Sozialdemokraten oder die Gründer und Lobpreisler der gegenwärtigen „deutschen Reichseinheit“? — Wer halbigt dem aller Sittlichkeit Hohn sprechenden Grundsatz: „Macht geht vor Recht“? Die Sozialdemokratie oder Herr Professor Dr. Friedländer mit seinem nationalliberalen Anhang?

Und Professor L. Friedländer ist ein akademischer Lehrer der deutschen Jugend! —

Bernau. Vor einiger Zeit fanden hier bei einigen Genossen Hausdurchsuchungen statt und sind dabei etliche Sammelblätter, Rechnungen und Briefe beschlagnahmt worden; bis jetzt ist es Geheimniß der Polizei geblieben, was mit den Hausdurchsuchungen beabsichtigt ist. — Man erzählt sich, daß die Seidenfabrik, welche circa 500 Arbeiter beschäftigt, geschlossen werden soll. Sollte diese Kalamität wirklich eintreten, dann werden die hiesigen Seidenwirker mit dem Schulze'schen Sparsystem, dessen Anhänger

*) Der Herr Professor wird wohl nicht verlangen, daß wir ihm einen Bericht über den Status der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Jahre 1876 anrechnen, der f. S. auch von verschiedenen liberalen Zeitungen nachgedruckt wurde und dem er heute nicht mehr zutreffende Angaben entnahm.

**) Die Quintessenz des Sozialismus“ von Dr. L. Schöffle. — Gotha, Friedrich Andreas Bertels. 1878.

sie sind, praktische Uebungen anstellen können. Nur ein verschwindend kleiner Theil der Seidenwirker steht auf unserer Seite, die Mehrzahl vertritt sich die Zeit in dem fortschrittlichen Handwerkervereine, der den Sozialismus wie die Pest scheut, wenigstens hat es der Vorsteher des Vereins, der Webermeister Seydel, schon seit Jahren verstanden, die unter seiner Obhut stehenden Fortschrittsginzel vor dem sozialistischen „Gift“ zu bewahren, indem er nie zugab, daß über die Interessen der Arbeiter im Gegensatz zu den Arbeitgeberern gesprochen wurde. Dafür steht der Mann aber hoch im Ansehen bei des Städtchens hoher Obrigkeit. Ob es dem Mann aber auch fernher gelingen wird, die Arbeiter an der fortschrittlichen Leimruthe festzuhalten, das wird sich bald entscheiden müssen, denn die Zeiten sind ganz dazu angethan, selbst dem denkunfähigen Arbeiter die Augen zu öffnen.

Aufruf!

Da die Eröffnung des Reichstags nahe bevorsteht, so ersuchen wir dringend alle diejenigen, welche Sammelblätter zu der Pension an den Reichstag betrefte Abschaffung der Zuchthaus- u. d. Gefängnisarbeit von uns empfangen haben, dieselben so schnell wie möglich und spätestens bis zum 5. Februar an Unterzeichneten einzuliefern. Gegen 100 Ortschafken sind mit der Zustellung der Pensionenlisten noch rückständig. Da die Agitation, sowie Druck, Porto u. c. Kosten verursacht und wir noch ein Defizit haben, so ersuchen wir, uns auch in diesem Punkte zu unterstützen. Einmalige Unterstüzungen sende man gefälligst an unseren Kassirer Bernh. Brent, Koppenstraße 35H. 11.

Bericht und Rechnung erfolgt sofort nach Ablauf unseres Mandats. Berlin, im Januar 1878.

Das Centralcomité.

J. A. Aug. Schartliffe, Vorsteher, er.

Kochanien-Allee 54, bei Wianen.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Briefkasten

der Redaktion. St. in Saarbrücken: Brief angekommen. Cunitung. Hdr. Altenburg Ab. 5,00. Und Hamburg d. 65 Ab. 100,00. Dr. Großsch Ab. 3,00. Jems Philadelphia Schr. 10,00. Uhlman Gainsdorf Ab. 30,00. Eng Alton Ann. 8,40. Hdr. Friedberg Ab. u. Schr. 49,70. Deutscher Verein B-drg Ab. 5,00. Knlich Eurysch Schr. 9,00. Ggr. hier Ab. 4,50. Schr. 2,20. Wlth. Kiel Schr. 57,80. Hdr. Altenburg Schr. 11,10. Wnt. Nemes Ab. 11,83. Braunr. Göppingen Ab. u. Schr. 25,00.

Anzeigen u.

Annoucen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Freitag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch's-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag's-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Freitag, den 1. Februar, Abends 8 Uhr in der Leipzig. „Tonhalle“:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Die orientalische Frage und der Reichstag. Referent W. Liebknecht.

Der Einberufer.

Im Verlage von Wilhelm Rühl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

(2a) von Wilhelm Hasenclever. (S. 1070)

Witigler des deutschen Reichstags.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlagshandlung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. (380)

1 Exemplar gratis, Lage der arbeitenden Klasse und des „Demokratisch-Wochenblatts“ wird zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe an die Expedition des „Vorwärts“.

Wir empfehlen

Das deutsche Reich und seine Gesetzgebung.

Materialien für die sozialistische Agitation.

Von Bruno Geiser.

7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Gewerbeordnung für das deutsche Reich. Kap. 4. Das Reich bezüglich der Abänderung des § 141 der Gewerbeordnung und des Disziplinarstrafgesetzbuchs. Kap. 5. Das Halbpachtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahme-gesetz. Kap. 7. Das Pachtgesetz. Kap. 8. Die für das sozialpolitische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhol, Schwarze u. c. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition der „Neuen Welt“.

Färberstraße 12. II.

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag

gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals in Elberfeld-Barmeru

von

Joseph Diehgen.

Preis 10 Pfg.

Leipzig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Zur Agitation wie zur Gewinnung von Abonnenten sind gegen Einsendung des Vortobetrages (für ein Kreuzband zu 10 Stk. 10 Pfg., zu 30 Stk. 20 Pfg., zu 60 Stk. 30 Pfg., über 60 Stk. per Bader 50 Pfg.) überzählige Nummern aus früheren Jahrgängen des „Vorwärts“ von uns zu beziehen. Leipzig, im Januar 1878.

Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Depp/ Redaktion und Expedition Färberstraße 12 II in Leipzig. Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei in Leipzig.